

## SCHULDEN

### Opposition will Klarheit

Kritik an der Schuldenpolitik des Landes kommt von der Opposition. „Der Bericht des Landesrechnungshofes zeigt klar auf, dass die Landesregierung bereits vor der Coronakrise eine Verschlechterung der finanziellen Situation des Landes zu verantworten hat. Das bestätigt unsere Kritik an der Landesregierung, dass es nicht gelungen ist, in wirtschaftlich guten Jahren finanzielle Spielräume für die Zukunft zu schaffen. Stattdessen hat man sich diese Spielräume schon vor der Coronakrise in Wahrheit nur mit kurzfristigen Finanzierungen ermöglicht.“ So reagiert FPÖ-Landesobmann Christof Bitschi. Neos-Klubobfrau Sabine Scheffknecht betont, schon länger auf die Versäumnisse hingewiesen zu haben und kritisiert diese scharf: „Die Vorarlberger Landesregierung hat die Finanzhausaufgaben über Jahre nicht gemacht. Es ist einfach, sich auf Corona rauszureden und somit vom eigenen Fehlverhalten abzulenken. Corona darf keine Ausrede für die Versäumnisse sein. Speziell bei den Themen Liquiditätsplanung und -management, aber auch beim Thema Transparenz ist das Land säumig.“

Die FPÖ fordert, es müsse vonseiten der Landesregierung endlich volle Transparenz und eine verantwortungsvolle Finanzplanung sichergestellt werden. Auch die notwendige Transparenz und Information lasse die Landesregierung nach wie vor vermissen. Der Landtag, die Abgeordneten des Finanzausschusses und vor allem auch die Vorarlberger Bevölkerung hätten ein Recht darauf, ordentlich über die Finanzlage informiert zu werden, so Bitschi.



# Vorarlberg droht

Der Landes-Rechnungshof kritisiert das strukturelle Haushaltsproblem. Die Schulden könnten sich verdreifachen.

Von Moritz Moser  
moritz.moser@neue.at

Der Landes-Rechnungshof setzte am Dienstag einen ungewöhnlichen Schritt, indem er die Präsentation seiner Prüfergebnisse mit eindringlichen Warnungen zur Haushaltsdisziplin verband. „Es braucht eine Trendwende“, machte Direktorin Brigitte Egger-Bargheer klar. Die Verschuldung des Landes gebe Anlass zur Sorge. „Konsolidierungsmaßnahmen sollten umgehend, systematisch und konkret in Angriff genommen werden.“

**Negativer Kontostand.** Bund, Länder und Gemeinden haben sich 2012 in einem Stabilitätspakt dazu verpflichtet, ihre Verschuldung unter Kontrolle zu halten. Dazu werden Kontrollkonten geführt, die ihre Finanzsituation widerspiegeln. Als einziges Bundesland hält Vorarlberg derzeit einen negativen Kontostand. Landeshauptmann Markus Wallner, der auch Finanzreferent der Landesregierung ist, sagte gegenüber der APA, es

stimme grundsätzlich, dass man Maßnahmen brauche, allerdings mit Augenmaß. Es habe beim Land auch bereits Pläne und Überlegungen dazu gegeben, „dann kam aber die Pandemie dazwischen“.

Laut Landes-Rechnungshof ist das strukturelle Haushaltsproblem aber nicht auf die Pandemie zurückzuführen. Diese habe das Finanzproblem zwar vergrößert, aber auch das bestehende Haushaltsproblem verdeckt. Ein Blick auf die Haushaltszahlen zeige, dass sich die Situation bereits in Zeiten der Hochkonjunktur verschlechtert habe. Vorarlberg habe schon 2019 die Grenze des strukturellen Budgetsaldos überschritten und damit als einziges Bundesland eine wichtige Vorgabe des Stabilitätspaktes nicht erfüllt. Der Landeshauptmann betonte jedoch, dass man trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung auch aus der Pandemie herausfinden und investieren müsse.

**Schuldenwachstum droht.** Mit der Pandemie haben die Finanzschulden des Landes noch einmal zugenommen, von 198 Millionen Euro im Jahr 2019 auf 334 Millionen 2020. „Mittelfristig wird ein Mehrfaches dieses Schuldenstandes prognostiziert“, heißt es vom Landes-Rechnungshof.

Dessen Leiterin geht von der Möglichkeit einer Verdreifachung aus.

Das Defizit sei „ohne unnötigen Verzug zurückzuführen“, erklärte Egger-Bargheer. Zwar sei der Stabilitätspakt derzeit Pandemie-bedingt ausgesetzt, allerdings müsste die Konsolidierung bis 2024 abgeschlossen werden. Das

„Die Entwicklung dieser Ausgabendynamik macht dem Landes-Rechnungshof Sorgen.“

**Brigitte Egger-Bargheer,**  
Direktorin des Landes-Rechnungshofes





Vorarlberg droht eine starke  
Zunahme der Landesschulden.

STEURER

# die Schuldenfalle

sei eine sportliche Messlatte. Oberösterreich sei vor einer ähnlichen Situation gestanden, habe aber die Konsolidierung geschafft.

**Über die Verhältnisse.** Vorarlberg lebt im Vergleich zu den anderen Bundesländern über seine Verhältnisse. Die Länder können die Sparvorgaben insgesamt nur einhalten, weil die übrigen acht disziplinierten wirtschaften. „Wir werden derzeit von den anderen mitgetragen“, so Egger-Bargehr.

Das Land habe sich darauf konzentriert, die langfristige Finanzierung unter Kontrolle zu halten, allerdings müsse man bei den Barvorlagen, mit denen kurzfristige Mittel aufgenommen werden, den Gürtel enger schnallen. Dabei gehe es auch um Transparenz, betonte Egger-Bargehr. „Wenn wir die Ausgabendynamik nicht stoppen, berauben wir uns künftiger finanzieller Handlungsspielräume.“

**Finanzabteilung geprüft.** Den Auslöser für die sehr deutliche Stellungnahme der Rechnungsprüfer bildete ein Prüfbericht

zum internen Kontrollsystem im Finanzmanagement des Landes. Der Landes-Rechnungshof hatte 2017 dabei etliche Mängel festgestellt. So konnten kurzfristige Barvorlagen von Einzelpersonen getätigt werden, was ein erhebliches Missbrauchspotenzial mit sich brachte.

Das Problembewusstsein sei damals „überschaubar“ gewesen, so Egger-Bargehr. Seitdem habe sich das Land aber sichtlich um die Umsetzung der Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes bemüht. Der Umsetzungsgrad sei höher als im Schnitt. Außerdem habe man beim Land nicht nur viele, sondern auch wichtige Empfehlungen ernst genommen, betonte die Direktorin.

Nach den Vorkommnissen in Fußach und bei der Gemeindefinformatik habe ein Umdenken stattgefunden. Eine Risikobewertung wurde durchgeführt und sämtliche Abläufe erhoben, um potenzielle Schwachstellen zu finden.

**Günstiger verschulden.** Die Implementierung interner Kontrollsysteme könnte auch

die Basis dafür bilden, dass sich Vorarlberg künftig über den Bund verschulden kann.

Die Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA) kann für die Länder Mittel zu günstigeren Konditionen aufnehmen als diese selbst. Bisher hat Vorarlberg darauf verzichtet, die angespannte Finanzlage könnte aber zu einer Meinungsänderung führen. Um sich über die OeBFA verschulden zu können, muss das Land jedoch eine risikoaverse Finanzgebahrung an den Tag legen. Außerdem muss eine strategische Planung für das Schulden- und Liquiditätsmanagement vorliegen, das Vier-Augen-Prinzip eingehalten und müssen die getätigten Transaktionen transparent dargelegt werden.

Nachdem das Land die Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes aus dem Jahr 2017 laut der nun veröffentlichten Folgeprüfung weitgehend umgesetzt hat, glaubt Brigitte Egger-Bargehr, dass auch der Finanzierung über die OeBFA nichts entgegensteht. Dafür muss sich die Landesregierung die Einhaltung dieser Grundsätze aber durch den Landtag oder im Landesrechnungsabschluss vom Landes-Rechnungshof bestätigen lassen.

## FINANZIERUNG

### Vorarlberg behält gutes Rating

Noch vor Bekanntwerden der Kritik des Landes-Rechnungshofes an der Schuldenentwicklung hat die internationale Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) Vorarlberg in ihrem aktuellen Bericht erneut das bestmögliche Rating „AA+/A-1+“ ausgestellt. Allerdings versah sie die Note wie bereits im Frühjahr wieder mit einem negativem Ausblick. Dieser sei aber zu erwarten gewesen, erklärte Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) in einer Aussendung: „Wie alle anderen Länder belasten uns die Pandemie-bedingten Einnahmehausfälle ebenso wie die in allen Bereichen anfallenden beträchtlichen Mehrkosten.“

Zahlungsfähigkeit und Finanzsituation des Landes werden laut der Agentur weiterhin stabil bleiben, auch wenn die aktuelle Pandemie-Situation temporäre finanzielle Restriktionen fordere, berichtete Wallner. Dies widerspricht der Einschätzung des Landes-Rechnungshofes deutlich. Dieser stützt sich in seiner Argumentation jedoch auf die Zahlen des Fiskalrates und seine eigenen Wahrnehmungen.

Die Stellungnahme des Landes zum Standard-& Poor's-Rating weicht insgesamt deutlich vom später veröffentlichten Urteil der eigenen Rechnungsprüfer ab: Vorarlberg, so heißt es, habe gezeigt, dass es in der Lage sei, „strukturelle Herausforderungen frühzeitig zu erkennen“ und entsprechend zu reagieren. Vor allem Vorarlbergs „exzellentes Finanzmanagement und der niedrige Schuldenstand“ werden laut Wallner hervorgehoben. Das Land wolle an seinem Kurs weiter festhalten, hieß es noch am Dienstagvormittag.